

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

10-12/2024/ Nr. 91

## Hoffnung auf friedlichere Zeiten

Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Zu viel hat sich in den letzten Wochen getan, von den Nationalratswahlen in Österreich, über die Eskalation des Krieges im Nahen Osten und die erhöhte Kriegsgefahr in Europa, die auf mysteriöse Weise sich häufenden Extremwetterereignisse, bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA und der fast gleichzeitigen Nachricht vom Ende der Ampel-Koalition in Deutschland, als dass wir in diesem Heft zu jedem dieser Geschehen ausführlich Stellung nehmen könnten. Um sie besser verstehbar zu machen, ist es jedoch wichtig, sie in einen Gesamtzusammenhang einzuordnen.

Wir sind jetzt Zeugen einer Trendwende oder, wenn man so will, eines kleinen Epochenwechsels. Das westliche Lebensmodell verliert weltweit an Anziehungskraft. Dem will man offenbar entgegenhalten. Deshalb beabsichtigt man, die allzu sehr vorangetriebene grün-„woke“ Agenda etwas zurückzufahren und durch eine (schein)konservative zu ersetzen. Inwieweit dabei der wachsende Widerstand aus der Bevölkerung, ersichtlich u. a. an diversen Wahlergebnissen, eine Rolle gespielt hat, sei dahingestellt. Wir wollen es hoffen.

Der deutliche Wahlsieg von Trump und

die damit verbundenen bequemen Mehrheiten im Repräsentantenhaus und Senat sind bemerkenswert. Trump war nämlich mit einem wesentlich geringeren Wahlkampfbudget ausgestattet als Harris. Dass so jemand gewinnt, war bisher in den USA noch nie der Fall. Dieser Sieg bedeutet eine Abkehr von Klimahysterie, LGBTQ-Kult und Abtreibung. Trump, der darauf bedacht ist, seine Wahlversprechen zu halten, hat schon mehrfach eine Beendigung des Ukraine-Krieges und ein Aufräumen in seinem Land angekündigt. Die Frage wird allerdings sein, ob er alle Dinge wirklich durchschaut, und inwieweit er frei ist zu handeln.

Deutschland steht ebenfalls vor einer Wende. Auch dort soll die allzu pointierte grün-„woke“ Agenda zurückgefahren werden. Vielleicht war sie auch nur ein Test, wie weit man gegen die eigene Bevölkerung gehen kann. Wirtschaftsminister Habeck hat schon einmal so etwas angedeutet. Zugleich wird die deutsche Regierung offenbar Schritt für Schritt von transatlantischen Organisationen übernommen. Es fehlt nur noch Friedrich Merz, der ehemalige Deutschland-Chef von BlackRock, als Bundeskanzler.

Immer mehr Menschen haben Zugang zu immer mehr und immer wichtigeren Informationen. Sie fühlen sich von den linksliberalen, zentralistischen und klimafixierten Ansätzen der herrschenden Politik nicht mehr vertreten, weil sie ganz andere Probleme und Ängste haben, Ängste vor dem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg, vor Überfremdung, vor dem Verfall überkommener Werte. Sie



Friedenskundgebung in Cottbus, Sept. 2024

Friedliebende Menschen melden sich immer stärker zu Wort, vor allem im benachteiligten Osten Deutschlands.

Bild: Mittelstandsinitiative Cottbus / Brandenburg

suchen Schutz und Sicherheit. Und genau diese verweigert ihnen die Politik. Nicht nur das, sie verunglimpft diese Menschen regelrecht als rechtsextremen Abschaum, den man bekämpfen müsse. Trump macht das nicht. Er spürt, dass sich in den westlichen Gesellschaften Widerstand gegen diese Entwicklung aufbaut und nützt ihn. Nun ist die etablierte Politik gezwungen, auf diesen Gegenwind zu reagieren.

Es kann sein, dass diese „konservative Wende“ nur ein vorläufiges Rückzugsgefecht ist, nach dem die Zügel wieder – und straffer – angezogen werden. Damit das nicht passiert, müssen wir mit unserer Widerstandsarbeit am Ball bleiben. Wir sind auf einem guten Weg.

In diesem Sinne, wünschen wir Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, frohe Weihnachten und viel Mut, Kraft und Gesundheit im Neuen Jahr 2025.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Hoffnung auf friedlichere Zeiten
- 2 Dem Westen kommt die Gefolgschaft abhandeln
- 2 Schützt der „Sky Shield“ Österreich?
- 3 Das Schmierentheater um die Regierungsbildung
- 4 Lesens-, sehens-, hörensenswert
- 5 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes
- 8 Impressum

*Was ein Mensch an Gutem  
in die Welt hinausgibt,  
geht nicht verloren.*

Albert Schweitzer  
1875 – 1965

## Dem Westen kommt die Gefolgschaft abhanden

Die Woche vom 20. bis 27. Oktober war nicht nach dem Geschmack der sich so selbstsicher gebenden Vertreter der westlichen Vorherrschaft.

Es begann mit den Präsidentschaftswahlen und einem weichenstellenden Referendum um die **Festschreibung des EU-Beitritts in der Verfassung der Republik Moldau** am 20. Oktober. Am Wahlabend zeichnete sich entgegen den Meinungsumfragen ein

Debakel sowohl für die EU-hörige Präsidentin Maia Sandu als auch für ihr Anliegen ab. Gerade einmal 37% der Stimmen sprachen sich für die Amtsinhaberin aus, 54% waren gegen die Vorbereitung eines EU-Beitritts.

Doch über Nacht geschah dann ein „Wunder“. Nach Auszählung fast aller Stimmen, einschließlich der Auslandsmoldawier, gab es plötzlich eine hauchdünne Mehrheit von

50,42% für einen EU-Beitritt, und auch Sandu steigerte ihren Stimmenanteil auf 42,33%.

Nun gibt es schon in Österreich ein mathematisch nicht erklärbares, völlig aus dem statistisch erwartbaren Rahmen fallendes Abweichen des Wahlverhaltens von Briefwählern von dem der anderen Wähler, und das immer zum Vorteil von Grünen und Neos. Und wenn das schon in Österreich

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Schützt der „Sky Shield“ Österreich?

*Ein neues, milliardenteures Luftabwehrsystem soll Europa vor russischen Raketen schützen. Doch macht sich das neutrale Österreich damit erst zum Angriffsziel? Und wären andere Systeme nicht ausreichend und besser vereinbar mit der Neutralität?*

Autor: **General i.R. DI. Mag. Günther Greindl**

Mit dem Beitritt zur Initiative „Sky Shield“ hat die Regierung in Österreich eine Diskussion ausgelöst, die grundsätzliche Fragen der Sicherheitspolitik und der Neutralität berührt. Bei so unterschiedlichen Bewertungen lohnt es sich, das – sehr teure – Projekt „Sky Shield“ etwas näher zu betrachten.

Die „European Sky Shield Initiative“ (ESSI) wurde von Deutschland 2022 auf den Weg gebracht. Die Initiative soll das bestehende Luftverteidigungssystem der NATO, das „Integrated Air Defence System“, stärken, um russische Raketenangriffe abzuwehren. Bis jetzt wollen 22 NATO-Staaten sowie Österreich und die Schweiz daran teilnehmen. Frankreich bemängelt die einseitige Ausrichtung auf US-Gerät und US-Technologie. Die US-Rüstungsindustrie wäre der unangefochtene Profiteur. Europa würde sich in eine dauerhafte Abhängigkeit von den USA begeben. Warum die neutralen Staaten Österreich und Schweiz von Beginn an mitmachen, dürfte der neuen sicherheitspolitischen Ausrichtung der beiden Regierungen geschuldet sein, die eine verstärkte und engere Kooperation mit der NATO vorsieht.

Die österreichische Regierung folgt, so wie die EU, der Einschätzung der NATO, die EU müsse gegen Russland kriegstüchtig gemacht werden, so das zentrale Argument. Der Schutz vor russischen Raketenangriffen wird somit zur vordringlichen Aufgabe für das gesamte Gebiet der EU. Österreich macht freiwillig mit, obwohl ein Land mit einer glaubwürdigen Neutralität gute Chancen hat, sich aus einem Krieg herauszuhalten. Denn wenn Österreich seine Neutralität zu Erde und in der Luft verteidigt und die

Nutzung seines Territoriums durch Kriegsparteien verhindert: Welchen Grund sollte Russland haben, das neutrale Österreich mit Raketen anzugreifen?

Ganz anders wäre die Sicherheitslage, wenn Österreich bei der ESSI mitmacht. Denn als Teilnehmer am Sky Shield ist Österreich von vornherein ein legitimes Angriffsziel. Diese Befürchtung wird mit dem Hinweis entkräftet, dass in einer Zusatzklärung festgehalten ist, dass eine operative Beteiligung an der Raketenabwehr nicht beabsichtigt ist. Es gehe lediglich um die gemeinsame Beschaffung von Geräten und um Ausbildungsmaßnahmen. Der Beitritt sei daher mit der Neutralität vereinbar. Dies werde auch von Völkerrechts-Experten bestätigt.

Dieser Argumentation kann man nur schwer folgen. Österreich wird bei einem Ankauf von Patriot- oder Arrow-3-Systemen zwangsläufig operativer Teilnehmer am Sky Shield, da ein Abschuss moderner Raketen nur im Verbund aller Abwehrsysteme und unter einheitlichem Kommando erfolgen kann.

Die Verschmelzung zwischen EU und NATO stellt Österreich vor eine schwierige Aufgabe, da die EU ihre sicherheitspolitischen Entscheidungen in voller Übereinstimmung mit der NATO trifft. In der gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen EU und NATO vom Jänner 2023 heißt es: „Wir befürworten die größtmögliche Einbeziehung der EU-Mitglieder, die nicht Teil des Bündnisses sind, in dessen Initiativen.“

Wenn Österreich seine in der Verfassung verankerte Neutralität nicht völlig preisgeben will, muss es seine Verteidigung selbst

ständig organisieren. Die geostrategische Lage mitten in Europa begünstigt Österreich und eröffnet realistische Chancen, sich aus Kriegen heraus zu halten. Die größte Bedrohung für unsere Neutralität sind Überflüge oder Waffentransporte von Kriegsparteien durch Österreich. Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie wichtig Österreich für den Nachschub der NATO ist. Eine glaubwürdige Neutralität muss jedoch im Kriegsfall allen Kriegsparteien die Nutzung unseres Territoriums verwehren.

Mit dem Beschluss, das Flugabwehrraketen-System IRIS-T-SLM mit einer Bekämpfungsreichweite bis zu 40 Kilometer anzukaufen, und der Beschaffung von Fliegerabwehrkanonen „Skyranger“ mit einer Reichweite von 3000 Metern erfolgte ein entscheidender Schritt, die bisherige Lücke in der österreichischen Luftverteidigung zu schließen. Damit besitzt Österreich, neben den Eurofightern, wichtige Mittel, um seinen Luftraum gegen nicht genehmigte Überflüge zu verteidigen oder bedeutende Großereignisse gegen terroristische Angriffe aus der Luft zu schützen. Diese Beschaffungen erlauben Österreich, seine Verpflichtungen als neutraler Staat selbständig zu erfüllen. Eine Beteiligung am Projekt Sky Shield ist dafür nicht notwendig.

Sky Shield folgt der Logik des Kalten Krieges und steht am Beginn eines neuerlichen Wettrüstens. Ein neues Wettrüsten dient nur der Rüstungsindustrie, liegt aber nicht im Interesse Europas. Was Europa braucht, ist die Rückkehr zur Diplomatie, zur kooperativen Sicherheit im Rahmen der OSZE und zur Rüstungskontrolle.

Günther Greindl ist österreichischer Generalstabschef im Ruhestand. Er war Leiter der Generalstabsgruppe für Sicherheitskooperation im BMLV und erster Militärrepräsentant Österreichs bei der EU und NATO.

Erstquelle: [libratus.online/schuetzt-der-sky-shield-oesterreich](http://libratus.online/schuetzt-der-sky-shield-oesterreich).

Wir danken Herrn DI. Mag. Günther Greindl herzlich für sein Einverständnis zum (gekürzten) Abdruck. Die vollständige Version der Stellungnahme kann von unserer Webseite [nfoe.at](http://nfoe.at) heruntergeladen werden.

so ist, wie wird das erst bei der Administration eines Landes sein, das trotz einiger Verbesserungen nach dem Korruptionsindex von Transparency International noch immer den 76. Rang (von 180) einnimmt. Und das noch dazu bei dieser zukunftsentscheidenden Fragestellung.

Zwischen dem 22. und 24. Oktober gab es den von Russland ausgerichteten **Gipfel der BRICS-Staaten in Kasan**, der Hauptstadt der Teilrepublik Tatarstan, ca. 700 km östlich von Moskau. BRICS ist die Abkürzung für die Gründungsmitglieder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Ab heuer sind Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate dazugekommen. Die Staatengemeinschaft repräsentiert ca. 45% der Weltbevölkerung und ca. 27% der Weltwirtschaftsleistung. Mehr als 40 weitere Länder haben ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet, haben eine Einladung erhalten oder einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, darunter sogar das NATO-Land Türkei. Diese Länder-Gruppe des Ostens und Südens ist gegründet worden, um die Dominanz des Westens in globalen Angelegenheiten zu verringern und eine multipolare Weltordnung aufzubauen.

Noch nie hat ein BRICS-Gipfel so viel Aufmerksamkeit erregt und noch nie hat sich über einen solchen in den westlichen Medien so viel Hämme ergossen. Besonders erzürnte den Westen die persönliche Teilnahme von UN-Generalsekretär Guterres am Gipfel, während er bei der Ukraine-Friedenskonferenz der „Demokraten“ – damit meinen sie sich selbst – fehlte und bei der Libanon-Konferenz in Paris kurz

zuvor nur per Video zugeschaltet war. Das verleihe diesem „Treffen der Autokraten“ zu viel Bedeutung.

Am Gipfel selbst waren 36 Staaten vertreten, darunter 22 Staats- und Regierungschefs, was zeigt, dass die Versuche des Westens, Russland international zu isolieren, gänzlich gescheitert sind. Die Hauptanliegen der Teilnehmer waren die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der BRICS-Mitglieder und mehr Unabhängigkeit von den international dominanten westlichen Staaten mit ihrer Sanktionspolitik. Der Aufbau einer eigenen Entwicklungsbank, eines vom Dollar unabhängigen Zahlungs- und Währungs-



Kongresszentrum in Kasan - Delegationsleiter-treffen  
Bild: Sputnik Agency, zeit-fragen.ch - screenshots

systems und Energiesicherheit soll das gewährleisten. Sowohl im Plenum als auch in den zahlreichen bilateralen Gesprächen ging es aber auch um andere wichtige Themen, etwa um den bedrohten Weltfrieden und um kulturelle Zusammenarbeit.

Am 27. Oktober fanden **Parlamentswahlen in Georgien** statt. Diese „Richtungs- und Schicksalswahl zwischen Moskau und EU“ endete mit einem deutlichen Sieg

des „Georgischen Traums“, der Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Irakli Kobachidse, die inzwischen ihren Kurs der Westintegration revidiert und mehrere Gesetze nach russischem Vorbild erlassen hat, darunter das Gesetz über ausländische Agenten, offiziell „Transparenzgesetz über ausländischen Einfluss“ vom Mai d. J. Die regierende Partei Georgischer Traum setzte das Gesetz trotz westlicher Kritik und offenbar vom Westen nach dem Vorbild des ukrainischen Maidan 2014 geschürten heftigen Demonstrationen durch. Es schreibt vor, dass Organisationen der Zivilgesellschaft und Medien, die mehr als 20 Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland – gemeint ist natürlich vor allem das westliche Ausland – erhalten, sich als Vertreter ausländischer Interessen registrieren lassen müssen.

Die beschriebenen Ereignisse markieren eine Trendwende. Die Anziehungskraft des westlichen Modells ist am Verblässen. Es hinterlässt eine überschuldete, dystopische Welt mit einer zutiefst gespaltenen Bevölkerung, einem erhöhten Gefahrenpotenzial im öffentlichen Raum, zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeit, Ressourcenausbeutung, Naturzerstörung, Rechtsunsicherheit, Desinformation, kultureller Orientierungslosigkeit und Kriegen. Es muss sich also niemand wundern, wenn ein Teil der Welt nach Alternativen sucht. Das ist ein Zeichen von Lebenskraft.

Quellen: Salzburger Nachrichten; de.statista.com; zeit-fragen.ch; uncutnews.ch

## Das Schmierentheater um die Regierungsbildung

Man mag zur FPÖ stehen wie man will, man mag Kickl gut finden oder auch nicht, das steht nicht zur Debatte. Entscheidend in einer Demokratie ist, dass bei der Nationalratswahl am 29. September die FPÖ mit 1,4 Mill. Stimmen (inzwischen sind es lt. Umfragen noch mehr) die meisten Wähler an sich binden konnte.

Doch das scheint für BP Van der Bellen von zweitrangiger Bedeutung zu sein. Nach mehr als zwei Wochen Gesprächen der Parteioberleute mit ihm und untereinander tat er so, als bliebe ihm nichts anderes übrig, als den bisherigen BK Nehammer mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der FPÖ sei es nicht gelungen, eine stabile Regierungsmehrheit im Parlament zustande zu bringen, weil keine der anderen Parteien eine Koalition mit der FPÖ unter Kickl eingehen wollte. ÖVP und SPÖ hätten so viele Vorbehalte gegen Kickl vorgebracht.

Darauf erfolgte ein Wust der altbekannten abgegriffenen Anschuldigungen. Es war also alles die Schuld der FPÖ, und deswegen – so das unausgesprochene Fazit – müsse sie mit Ausgrenzung bestraft werden.

**Ein solches Vorgehen zeugt nicht gerade von präsidentlicher Überparteilichkeit. Die Regierungsbildung scheiterte letztlich nicht an der FPÖ, sondern an der berechnenden Verweigerungshaltung der anderen Parteien.** Es ging um Parteiinteressen, nicht um demokratisches und staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein. Das prädestiniert diese Verliererparteien offenbar für Regierungsverantwortung. Dafür wurden sie vom Bundespräsidenten mit der Aussicht auf die Futtertröge der Macht belohnt.

Man kann nicht umhin, sich von diesen Vorgängen angewidert abzuwenden. Doch

mehr noch, sie erwecken den Eindruck, als ob das Ganze schon im Vorfeld der Wahl abgesprochen worden wäre, frei nach dem Motto: *Wahlprognosen sagen, dass mit einem Sieg der FPÖ zu rechnen ist. Was können wir dagegen unternehmen?* Damit wäre uns nach der Wahl unter dem Schein formaler Korrektheit ein intrigantes Schmierentheater vorgeführt worden, dessen Ausgang von Anfang an feststand und den Willen fast eines Drittels der österreichischen Wähler ins Leere laufen ließ.

Wir haben keine Beweise, aber Indizien sprechen für diese Sichtweise. Bei der BP-Stichwahl 2016 gegen Norbert Hofer ist Van der Bellen auch mit den Stimmen aus der ÖVP und SPÖ gewählt worden. Bei der BP-Wahl 2022 gab es den besonderen Umstand, dass weder ÖVP, noch SPÖ, noch Neos eigene Kandidaten

(Fortsetzung auf Seite 4)

aufgestellt haben. War das deshalb, damit Van der Bellen 2024 als Gegenleistung bei der NR-Wahl ihre Sache unterstützt? Und wieso ist Andreas Babler bereits zu Beginn der Sondierungsgespräche von seinem Amt als Bürgermeister zurückgetreten? Der Verdacht liegt nahe, dass die Regierungsbildung mit ÖVP und SPÖ bereits beschlossene Sache ist.

Hätte Österreich nicht bloß eine repräsentative (= indirekte) Demokratie, sondern wie die Schweiz eine direkte mit Volksinitiativen, die bindend zu Volksabstimmungen führen, so gäbe es ein solch beschämendes Parteien-Intrigenspiel um die Macht nicht. Denn ein direkt-demokratisches politisches System ermöglicht die Bildung von Konkordanz-Regierungen. Hier sind im Gegensatz zum österreichischen Konkurrenzsystem, bei dem der Sieger alles erhält und der Verlierer nichts, alle Parteien anteilmäßig in der Regierung vertreten, aufeinander angewiesen und gezwungen, durch Kompromisse gegenüber dem Volk zu einer einheitlichen Meinungsbildung zu finden. Denn die Stimmbürger mit ihren direkt-demokratischen Möglichkeiten in die politischen Entscheidungsprozesse einzugreifen, bilden die Opposition. Das endlose, öffentlich ausgetragene Parteiengänzank hätte damit ein Ende und Sachpolitik würde im verdienten Mittelpunkt stehen.

## Unterstützenswerte Volksbegehren

Wir empfehlen für die Einleitung von folgenden aktuellen Volksbegehren, Unterstützungserklärungen auf der Wohn-gemeinde abzugeben:

„**Stoppt SKY SHIELD**“

„**RUSSLAND-Sanktionen: Nein!**“

„**Für OBLIGATORISCHE Volksabstimmungen**“

„**Für FAKULTATIVE Volksabstimmungen**“

„**GEMEINDE-Volksabstimmungen**“

„**EU-AUSTRITT: JA!**“

„**DIREKTE Demokratie JETZT!**“

„**SCHILLING statt Teuro**“

„**BARGELD ALS GRUNDRECHT!**“

„**TRANSPARENZ im Parlament**“

Detail-Informationen unter: [www.bmi.gv.at/411/](http://www.bmi.gv.at/411/)

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Wenn ich meine Augen schließe, träume ich vom Frieden.** Wären solche Träume nicht allen Kindern der Welt zu wünschen? Am Abend einzuschlafen in der Gewissheit, dass es eine ruhige Nacht wird unter einer kuscheligen, warmen Bettdecke? Ohne Sirenen, Schüsse, Schreie und Flucht in einen Luftschutzkeller? Sich keine Sorgen machen zu müssen um Eltern und Geschwister? Verlässliche Beziehungen zu haben und zu wissen, dass die Familie und das heimische Umfeld ein sicherer Hort sind? Wie viele Kinder in kriegsgeschüttelten Ländern dieser Welt würden sich das wünschen! Artikel von Eliane Perret. [zeit-fragen.ch](http://zeit-fragen.ch)
- **Die Kriegsmacher – die Profiteure des Ukraine-Kriegs.** Servustv-Video ( Dauer: 49:30 Min) [servustv.com](http://servustv.com)
- **UNRWA-Verbot: UNICEF sieht „Methode, um Kinder zu töten“.** Das UNO-Kinderhilfswerk kritisiert die Entscheidung des israelischen Parlaments für ein Arbeitsverbot des UNO-Palästinenserhilfswerks in Israel scharf. Das Verbot bedeute, „dass eine neue Methode gefunden wurde, um Kinder zu töten“, so ein Sprecher am Dienstag. [headtopics.com](http://headtopics.com)
- **Wenn wir nicht wollen, dass der Krieg uns einholt, müssen wir ihn stoppen. Jetzt!** Rede von Victor Orbán, ungarischer Ministerpräsident: „Das einzige Gegenmittel gegen den Krieg ist der Frieden. Uns aus dem Krieg heraushalten und Ungarn als eine Insel des Friedens erhalten. Das ist unsere Mission. Und wenn wir nicht wollen, dass der Krieg uns einholt, müssen wir ihn stoppen. Jetzt! Dieser Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden. Dieser Krieg hat keine Lösung auf dem Schlachtfeld. Es gibt dort nur Tod und Zerstörung. Es muss einen Waffenstillstand geben, und es muss Verhandlungen geben.“ [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Wie die NATO mittels „Kognitiver Kriegsführung“ manipuliert.** Interview der Deutschen Wirtschaftsnachrichten mit Jonas Tögel, Autor des Buches „Kognitive Kriegsführung. Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO“. Seine Erkenntnisse auf einen Punkt gebracht: Kriege richten sich nicht nur gegen fremde Länder. Mit den Methoden der „Kognitiven Kriegsführung“ rückt zunehmend auch die eigene Bevölkerung ins Visier. Den Propagandaforscher Dr. Jonas Tögel beschäftigt aber auch die Frage, warum die meisten von uns denken, was sie denken sollen und welche Möglichkeiten wir haben, einer totalen Kontrolle zu entgehen und die Freiheit unserer Gedanken wiederzugewinnen. [deutsche-wirtschafts-nachrichten.de](http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de)
- **Die EU im Erweiterungswahn.** Artikel von Klaus Woltron. Seine begründeten Befürchtungen: Anstatt bestehende Probleme zu lösen, läßt sich die EU neue auf. Um ihre geopolitische Macht auszudehnen, sollen bitterarme und von Korruption zerfressene Länder aufgenommen werden. Beitrittskandidat Ukraine befindet sich sogar im Krieg. Die Eliten in Brüssel drehen, von den USA gegen deren Erbfeind Russland getrieben, an der Erweiterungsschraube, bis das ganze, einst schöne Projekt wie ein Kartenhaus auseinanderfällt. Abdruck in der Kronenzeitung unter „Quergedacht“ und auf der Webseite [woltron.com](http://woltron.com)
- **Europa, „Kolonie“ Amerikas?** Der israelische Historiker Yuval Noah Harari beschreibt Europa als „fast vollständig abhängig“ von Amerika – nicht nur militärisch, sondern auch im Bereich der IT-Technologie. Ohne eine schnelle und umfassende Einigung drohe Europa seiner Ansicht nach zu einer „Kolonie“ der Vereinigten Staaten zu werden. Harari sieht in einem zweiten Einzug von Donald Trump ins Weiße Haus den Anfang einer „völlig neuen historischen Ära. Zentrales Merkmal dieser Epoche sei der Einsatz „nackter Macht“ durch die USA und andere starke Staaten, während nationale Grenzen und internationale Abkommen zunehmend an Bedeutung verlieren. Audioaufnahme. [weltwoche.de](http://weltwoche.de)
- **Subsidiarität: Das Geheimrezept der Schweiz.** Das Prinzip der Subsidiarität ist ein Erfolgsrezept, das die Schweiz stark gemacht hat. Subsidiarität ist der Garant unserer Freiheit und Selbstbestimmung, als Individuum und als Volk. [schweizerzeit.ch](http://schweizerzeit.ch)
- **Es geht um mehr als die Ukraine.** Antwortschreiben des Botschafters der Russischen Föderation in Wien, Dmitrij Ljubinskij vom 24. September auf den Gastkommentar seines ukrainischen Kollegen in der Zeitung „Die Presse“. [diepresse.com](http://diepresse.com)

## Die EU stellt auf Kriegswirtschaft um

Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich in seit 1945 noch nie da gewesener Ausmaß auf militärisch-strategische Sachverhalte. Bedingt durch die Kriegereignisse und die Vorgaben der NATO eines mindestens 2%-igen Anteils am BIP für die „Verteidigung“, geht damit eine schier unglaubliche Steigerung der Militärausgaben und der Rüstungsproduktion einher. 23 der 27 EU-Mitglieder gehören diesem Militärbündnis unter Führung der USA an. Nur Irland, Malta, Österreich und Zypern sind standhaft und nicht dabei. Deutschland hat z. B. seine Militärausgaben seit 2014 um fast 150% erhöht.

Die EU-Kommission begrüßt diese Aufrüstung, bedauert aber zugleich, dass noch immer zu viel Kriegsmaterial importiert werden müsse, weil die eigene Rüstungsproduktion hinterherhinkt. Zwei Strategiepapiere, „European Defence Industrial Strategy“ (EDIS) und „European Defence Industry Programme“ (EDIP) als Vorbereitung eines umfassenden Projekts, sollen dagegen Abhilfe schaffen und die gesamte Union lt. ehem. Industriekommissar Thierry Breton „schrittweise einer Kriegswirtschaft annähern“.

Wörtlich heißt es in EDIS: *Eine Industrie, die in neue Kapazitäten investiert und bereit ist, bei Bedarf zu einem für Kriegszeiten geeigneten Wirtschaftsmodell überzugehen, ist von entscheidender Bedeutung.* Der Anteil der in der EU produzierten Rüstungsgüter soll bis 2035 auf 60% gesteigert werden. Außerdem ist geplant, dass immer mehr Waffeneinkäufe von den EU-Staaten gemeinsam getätigt werden. Dafür soll sogar die Mehrwertsteuer

entfallen. Nur so könne eine EU-Rüstungsindustrie aufgebaut werden, die mit jener der USA mithalten kann. Dafür will die EU-Kommission auch einen eigenen Rechtsrahmen namens „Struktur für das Europäische Rüstungsprogramm“ (SEAP) schaffen, und ein Ausschuss mit Vertretern der Rüstungsindustrie soll die Kaufentscheidungen unter Führung der Kommission steuern. Die EU-Rüstungsagentur gibt dabei die Ziele der zu erreichenden Einsatz- und Kampffähigkeit zu Lande, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberspace vor. Ein gigantischer militärisch-industrieller Komplex nach dem Vorbild der USA und unter Kontrolle der Kommission soll so entstehen. Im Kriegsfall behält sich die Kommission das Recht auf Eingriffe in die allgemeine Industrieproduktion vor, z. B. **Einschränkung der Lebensmittelproduktion zugunsten der Waffenproduktion.**

Die finanzielle Ausstattung dieses Projekts mit 1,5 Mrd. Euro nimmt sich vorerst angesichts der überzogenen Pläne relativ bescheiden aus. Das soll sich jedoch mit dem neuen Finanzrahmen ab 2028 dramatisch auf 100 Mrd. steigern.

Man rechnet also mit einer längeren Dauer der „sicherheitspolitischen Herausforderungen“, selbst wenn sich die Regierung Trump nicht mehr am Krieg in der Ukraine beteiligen sollte.

Das Streben nach – auch militärischer – Weltmachtgeltung hat jedoch nicht erst mit dem Ukraine-Krieg begonnen. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Projekte und Verträge, von der Verpflichtung zu militärischer Aufrüstung im Primärrecht

über die „Battlegroups“ und neuerdings auch die „Schnelle EU-Eingreiftruppe“, an der unter deutschem Kommando auch österreichische Soldaten teilnehmen(!) bis hin zur Kriegsfinanzierung durch die „Friedensfazilität“(!). Trotz eklatanter Widersprüche und Verzögerungen wird das „EU-Projekt Kriegswirtschaft“ weiterhin mit Beharrlichkeit verfolgt.



Die Kriegsmacher - Profiteure des Ukraine-Kriegs

*Drohne des Kriegsprofiteurs „Rheinmetall“*

Ein deutsches Rüstungsunternehmen, das in unseren Augen durch Kriege moralisch verwerfliche Wertsteigerungen verbuchen konnte. Seine Waffen werden erneut in kriegsführende Länder exportiert. Die inzwischen gescheiterte deutsche Regierung machte es wider jede Vernunft möglich.

Bild: [www.servustv.com](http://www.servustv.com) - screenshot

**Das imperiale Großmachtstreben der „Friedensnobelpreisträgerin“ EU braucht den Krieg und umgekehrt.** Es steht in groteskem Gegensatz zu den Lebensgrundsätzen der „normalen Menschen“. Diese sind in neutralen Staaten mit ihren verbindenden und friedenspolitischen Anliegen weitaus besser aufgehoben.

Quelle: [telepolis.de](http://telepolis.de); [solidarwerkstatt.at](http://solidarwerkstatt.at)

**Österreich hat in einer solchen EU nichts verloren.**

## Niederlande und Ungarn beantragen Ausstieg aus dem EU-Asylsystem

Seit 2015 sind in der EU mehr als acht Millionen Asylanträge gestellt worden. Ein Ende ist unter den aktuellen EU-Asylregeln trotz eines im Mai verabschiedeten Migrations- und Asylpakets nicht in Sicht. Die EU ist nach wie vor nicht in der Lage oder willens, der Masseneinwanderung und dem Missbrauch des Asylrechts Herr zu werden. Zwar ist die Zahl der Asylanträge in der letzten Zeit leicht zurückgegangen, doch schon wird eine neue Fluchtwelle von bis zu 1,5 Mill. Menschen aus dem Nahen Osten erwartet.

Die grundlegenden Probleme des EU-Asylsystems bestehen nach wie vor: Es spielt keine Rolle, aus welchen Teilen

der Welt die Migranten kommen, durch wie viele sichere Drittstaaten sie gereist sind, und dass selbst nach den großzügigen EU-Regeln mehr als die Hälfte keinen Schutzanspruch hat. Dieses anhaltende Systemversagen der EU kann nur gelöst werden, indem die Nationalstaaten wieder die Kontrolle über die Einwanderungspolitik erhalten und selbst bestimmen können, welche und wie viele Menschen sie auf ihr Territorium lassen oder auch nicht. Deshalb ist es folgerichtig, dass die niederländische und die ungarische Regierung vor kurzem Anträge auf einen Ausstieg aus dem EU-Asylsystem gestellt haben. Auch Polen hat eine vorübergehen-

de Aussetzung des EU-Asylrechts angekündigt. Das sei lt. Regierungsvertretern notwendig geworden, weil die bisherige Einwanderungspolitik ein Sicherheitsrisiko darstelle, und um die verfassungsrechtlichen Aufgaben wie Bereitstellung von Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung erfüllen zu können. Deshalb soll die Einreise von Asylsuchenden und irregulären Migranten „drastisch reduziert“ werden. Ausnahmebestimmungen im EU-Recht sind grundsätzlich möglich, z. B. für Dänemark und Irland.

Der bekannte Islamkritiker Geert Wilders, der mit seiner Partei für die Freiheit (PVV) in den Niederlanden mitregiert, sprach

(Fortsetzung auf Seite 6)

von einem wichtigen Signal, das von den beiden Ländern ausginge: „Die Zeiten in Europa ändern sich.“

Quelle: [patriotpetition.org](http://patriotpetition.org)

**Eine wirkliche Verbesserung des europäischen Asylsystems wird**

**es aber erst dann geben, wenn die Hauptzielländer, vor allem Deutschland und Österreich, diesen Beispielen folgen. Es wäre auch an der Zeit, die Unterstützung von kriegsführenden Ländern, wie vom Internationa-**

**len Gerichtshof gefordert, einzustellen sowie die völkerrechtswidrigen Sanktionen zu stoppen, die vor allem die Ärmsten in der Bevölkerung treffen, die in der Emigration oft den einzigen Ausweg sehen.**

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### Wir brauchen wieder mehr echte Vorbilder

Immer wieder bin ich auf's Neue berührt und werde zum Nachdenken angeregt, wenn ich mich in die Literatur des großen Denkers und Humanisten Albert Schweitzer (1875-1965, Arzt, Theologe, Autor und Friedensnobelpreisträger) vertiefe. Ich lerne bei diesem Studium nie aus, und kann dadurch meine Verantwortung als Mitmensch in dieser Welt voller Verführungen und falscher Versprechen besser eigenverantwortlich wahrnehmen. Ich bin überzeugt, dass wir wieder mehr echte Vorbilder wie Albert Schweitzer bräuchten, der weit über seine Zeit hinaus Großartiges bewirkte.

Hier ein Zitat von ihm: „Zwei Erlebnisse werfen ihre Schatten auf mein Dasein. Das

*Die Weltlage ist verfahren. Keine Großmacht ist stark genug, um den anderen ihren Willen aufzuzwingen. Also bahnt sich, vielleicht, ein Frieden aus Erschöpfung an.*

Roger Köppel (sein Fazit, das er nach der Teilnahme an der Valdai-Konferenz 2024 in Sotschi gezogen hat, festgehalten im „Weltwoche“-Artikel „Wie verhindern wir den dritten Weltkrieg?“.

eine besteht in der Einsicht, dass die Welt unerklärlich geheimnisvoll und voller Leid ist; das andere darin, dass ich in eine Zeit des geistigen Niedergangs der Menschheit hineingeboren bin. Mit beiden bin ich durch das Denken, das mich zur ethischen Welt- und Lebensbejahung der Ehrfurcht

vor dem Leben geführt hat, fertig geworden. In ihr hat mein Leben Halt und Richtung gefunden.“

Es gibt selbstverständlich auch heute noch Menschen, die sich entsprechend ihren Möglichkeiten für eine bessere und gerechtere Welt einsetzen; aber leider auch einen immensen und von der westlichen Welt oft unbeachteten Teil der Menschheit. Zum Beispiel wäre es m. E. mehr als angebracht, Philippe Lazzarini's UNRWA (Palästinenserhilfswerk) zu unterstützen.

Die Annahme der eidgenössischen Volksinitiative für den Erhalt unserer immer währenden bewaffneten Neutralität wird ebenso ein wichtiger Beitrag sein, um unserer humanitären Tradition wieder gerechter zu werden.

*Elisabeth Frey, Hüttikon CH*

## Für ein nachhaltiges und friedensförderndes globales Finanzsystem

*Sehr geehrter Herr Generalsekretär António Guterres, sehr geehrte Damen und Herren in den Schlüsselpositionen der globalen Wirtschaft,*

als Gruppe erfahrener und engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich teils seit über drei Jahrzehnten intensiv mit der Frage eines friedensfördernden Finanzsystems auseinandersetzen, wenden wir uns heute mit einem dringlichen Anliegen an Sie. Seit zehn Jahren fördern wir im Rahmen eines offenen Dialogforums den Austausch zu diesem Thema und möchten unsere jüngsten Erkenntnisse mit Ihnen teilen.

Die derzeitige globale Währungsordnung, die 1944 in Bretton Woods mit dem US-Dollar (USD) als Leitwährung geschaffen wurde, hat aus unserer Sicht schrittweise ihre Legitimation verloren. Die einseitige Aufhebung der Goldbindung des US-Dollars durch die USA im Jahr 1971 war ein bedeutender Einschnitt. Zudem stützt sich die Dominanz des US-Dollars seit dem 1974 geschlossenen Abkommen mit Saudi-Arabien auf das sogenannte „Petrodollar-System“, das durch die Verpflichtung zur Erdölfakturierung in US-Dollar abgesichert wurde. Dieses Abkommen wurde jedoch am 9. Juni 2024 von Saudi-Arabien aufgekündigt, was die Grundlage

für den US-Dollar als weltweite Leitwährung grundlegend erschüttert.

In Anbetracht der wachsenden US-Staatsverschuldung von nahezu 35 Billionen US-Dollar und der zunehmenden sozialen Spannungen im Land selbst erscheint es uns unmöglich, den US-Dollar ohne erhebliche geopolitische und ökonomische Instabilitäten weiterhin als globale Leitwährung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig beobachten wir, dass sich alternative Machtzentren bilden. Die BRICS-Staaten, die einen signifikanten Teil der Weltbevölkerung repräsentieren, gewinnen zunehmend an Einfluss und entwickeln parallel Strukturen, die den US-Dollar umgehen. Die Förderung des Handels in nationalen Währungen sowie der Aufbau von Institutionen wie der Neuen Entwicklungsbank und eines unabhängigen Clearingsystems deuten darauf hin, dass ein tiefgreifender Wandel im internationalen Währungssystem bevorsteht. Die Gefahr einer Zuspitzung geopolitischer Konflikte, die unvorhersehbare und potenziell kriegerische Konsequenzen haben könnten, ist real.

Um die Bedenken gegen eine vermeintliche Weltwährung aus dem Weg zu räumen und eine friedliche Transformation des internationalen Finanzsystems zu ermöglichen, schlagen wir vor, eine Weltwährungskonferenz (World Monetary Conference – WMC) einzu-berufen. Diese Konferenz könnte einen Weg aufzeigen, der den USA einen respektvollen Ausstieg aus der Position des Leitwährungs-Inhabers ermöglicht, während gleichzeitig ein gerechter und stabiler Rahmen für eine multilaterale Weltwirtschaft geschaffen wird. Dabei könnte das Konzept einer internationalen Clearing Union (ICU), wie es bereits John Maynard Keynes 1944 skizzierte, als Grundlage dienen.

Wir empfehlen, die Weltwährungskonferenz ähnlich wie die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) zu gestalten und in einem neutralen Umfeld wie dem schweizerischen Genf stattfinden zu lassen, um das Vertrauen aller beteiligten Akteure zu gewinnen. Für detailliertere Vorschläge verweisen wir auf die ausformulierten Konzepte zur ICU.

*Mit freundlichen Grüßen Hochachtungsvoll gezeichnet:*

*Hon.Univ.-Prof. Dr. Dr. Heinrich Wohlmeyer und Josefa Maurer, im Namen des Teams „Forum Seitenstetten“*

Viele Persönlichkeiten und Organisationen unterstützen diesen offenen Brief, so auch das Bündnis NFÖ.

## US-Wahlentscheidung von innenpolitischen Motiven geprägt

Bei mir festigt sich nach dieser US-Wahl die Gewissheit, dass die US-Wähler auch nicht so anders ticken als die Wähler hierzulande: Ihre Wahlentscheidung ist hauptsächlich von innenpolitischen Motiven geprägt, als da sind: Preissteigerungen, Wohlstandsverlust, Deficit Spending u. a. unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Klimawandels, ungebremste illegale Immigration (zuletzt ca. 15 000 Personen pro Tag!!!), die vor allem die unteren und

untersten Einkommensgruppen befürchten lässt, dass sie ihre Jobs verlieren, weil sie am Arbeitsmarkt von den Neuankömmlingen unterboten werden. Ausgerechnet jene Kamala Harris, die man aus der (Zeit-) Not heraus zur demokratischen Kandidatin machen musste, war von Biden mit der Regulierung und Bekämpfung der illegalen Einwanderung an der Südgrenze als hauptverantwortlich betraut worden!

Man muss nur am Wiener Brunnenmarkt die dortigen Händler und Kunden fragen, was sie von der illegalen Einwanderung und der Asylpolitik halten, dann wundert

man sich auch nicht mehr, dass Trump auch bei den Latinos und Afroamerikanern derart hohen Zuspruch erlangt hat.

Eines ist jedoch weitgehend unbestritten: Auch unter einer Präsidentin Harris wäre das NATO-Engagement der USA zwangsläufig zurückgefahren worden, denn aus amerikanischer Sicht sitzt der Hauptkonkurrent der USA nicht in Moskau, sondern in Peking. Und allzusehr aufsplittern können auch die reichen USA ihre Ressourcen nicht – bei einer Staatsverschuldung von mittlerweile 124 % des BIP!

*Leserbriefschreiber der Red. bekannt*

*Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.*

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### Slowakei verweigert Zustimmung zu NATO-Beitritt der Ukraine



Wenn Präsident Selenskyj um schnelle Aufnahme seines Landes in die NATO bettelt, und selbst wenn er dafür die Ukraine in seinem „Siegessplan“ dem Westen zur Ausplünderung freigibt, macht er dennoch die Rechnung ohne den Wirt.

Zu viel spricht dagegen. Bevor ein Land der NATO beitreten kann, muss es bestimmte wirtschaftliche, politische und militärische Voraussetzungen erfüllen, vor allem kann kein Land aufgenommen werden, das sich im Kriegszustand befindet. Außerdem ist Einstimmigkeit gefordert. Alle NATO-Mitglieder müssen dem Beitritt zustimmen.

Einige Länder haben aus gutem Grund schwere Bedenken.

Am deutlichsten hat sich schon mehrfach – und neuerdings wieder – der slowakische Ministerpräsident Robert Fico gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine ausgesprochen: *Die Russen werden in Zukunft weitere Gebietsgewinne in der Ukraine erzielen. Falls noch irgendjemand glaubt, es gäbe eine militärische Lösung für das Problem – es gibt keine militärische Lösung. Die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato bedeutet den 3. Weltkrieg. Ich hoffe also, dass wir in der Slowakei in dieser Hinsicht mehr gesunden Menschenverstand haben und diese unsinnige Idee nicht unterstützen werden... Und*

*deshalb wiederhole ich, dass wir dem niemals zustimmen werden.*

Er schlägt vor, dass stattdessen die Ukraine ein neutraler Staat wird und dafür Sicherheitsgarantien bekommt. Dass immer noch kein Frieden in Sicht ist, liege auch am Westen. Einen EU-Beitritt der Ukraine befürwortet er hingegen, wenn das Land die gleichen Bedingungen wie andere Beitrittskandidaten erfüllt.

Die Slowakei, die eine gemeinsame Grenze mit der Ukraine hat, unterstützt diese mit Energielieferungen und Minenräumsystemen, nicht aber mit Waffen.

*Quellen: de.euronews.com; puls24.at*

*Em. Univ.-Prof. Michael Geistlinger hat am 23. Mai 2024 ein 99-seitiges Gutachten verfasst und kürzlich freigegeben. Der Titel lautet: «Die Beteiligung Österreichs an der European Sky Shield Initiative (ESSI) und die immerwährende Neutralität Österreichs». In seiner Beurteilung bezieht er viele Stellungnahmen und völkerrechtlich relevante Organisationen mit ein. Das Gutachten sagt in gebotener Kürze Folgendes aus:*

1. Die Beteiligung Österreichs an der European Sky Shield Initiative (ESSI) bedeutet eine Verletzung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Sie stellt zugleich einen Bruch des Völkerrechts und des Bundesverfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität Österreichs (BVG Neutralität) dar.
2. Der Tatbestand der Verletzung wurde mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung durch die österreichische Verteidigungsministerin gesetzt. Entgegen dem Wortlaut der betreffenden Erklärungen erfolgt ein Beitritt zu einem Militärbündnis. Dieser Beitritt widerspricht dem ausdrücklichen Gebot des erwähnten Bundesverfassungsgesetzes, dass Österreich keinen militärischen Bündnissen beitreten wird.
3. Angesichts des Ukrainekriegs seit 2022 und des Palästina-Kriegs seit 2023 treffen Österreich die Neutralitätspflichten im Kriegsfall. Dieser Fall war zum Zeitpunkt des Abschlusses der Absichtserklärung gegeben und ist weiterhin aufrecht. Eine militärische Kooperation, welcher Form immer, mit Staaten einzugehen, die in diesem Krieg eine Kriegspartei (die Ukraine/Israel) gegen die andere (Russische Föderation/Palästina) unterstützen, verletzt die Kernpflichten eines neutralen Staates im Krieg, das Paritäts- und Abstinenzprinzip.
4. Ungeachtet vom Beitritt zu einem Militärbündnis und wären Friedenszeiten gegeben, verstößt der Beitritt Österreichs gegen die völkerrechtliche Pflicht Österreichs als eines dauernd neutralen Staates nach universellem Völkerrecht, in Friedenszeiten keine Verpflichtung einzugehen, die die Erfüllung der Neutralitätspflichten Österreichs im Kriegsfall vereiteln würde.
5. Die Verletzung seiner Neutralitätspflichten durch Österreich ist durch die Berufung der Ukraine und Israels auf ihr Selbstverteidigungsrecht nicht gerechtfertigt. Dies wäre nur der Fall, wenn Österreich selbst angegriffen würde.

*Aufgrund der Fülle von Einzelheiten lohnt es sich, das Gutachten zu lesen. Es kann auf unserer Webseite nfoe.at heruntergeladen werden.*



#### HIMALAYA Süßes für Soldaten

Indische und chinesische Soldaten trafen sich in friedlicher Absicht an Grenzpunkten in der umkämpften Himalaya-region. Anlässlich des Lichterfestes Diwali wurden Süßigkeiten und Geschenke ausgetauscht. Die heftigen Konflikte, die 2020 entlang der „Line of Actual Control“ aufbrannten, sollen nun Geschich-

Zwei einstmals verfeindete Staaten, Indien und China suchen Wege der Versöhnung, was im beiliegenden Artikel „Himalaya - Süßes für Soldaten« zum Ausdruck kommt.  
Könnten sich der Westen und Russland so eine gelungene Konfliktlösung zwischen zwei Großmächten nicht zum Vorbild nehmen?  
Bildquelle: Neue Vorarlberger Zeitung, 10.11.2024, screenshot

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### PODIUMSDISKUSSION

**Europäische Union aktuell bewertet.  
Vom „Friedensprojekt“ zur Kriegsunion?**

**Donnerstag, 30. Jänner 2025 - 18:30 bis 21:30 Uhr**

**Daniel Jenny**, Obmann Bündnis *Neutrales Freies Österreich*  
**Günter Greindl**, General i.R., Präsident d. Vereins *Aufbruch Österreich*  
**Werner Murgg**, Abgeordneter zum Steirischen Landtag, *KPÖ-Leoben*  
**Peter Kolba**, NAbg.a.D., *ARGE Wehrdienstverweigerer*

Moderation: **Robert Hilbert-Lahl**, Bündnis *Stimmen für Neutralität!*

Ort: 1070 Wien, Neustiftgasse 36, „Blumenfabrik“,  
Eventspace von Global 2000.

Eintritt frei. Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

### FRIEDENSGESPRÄCHE

Runder Tisch – **NFÖ-Wien**

**jeden 3. Dienstag im Monat:** Beginn 18 Uhr  
Gasthaus Zipfereck, Koppreitergasse 6, 1120 Wien  
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Tirol**

**Donnerstag, 16. Jänner 2025**, Beginn 16 Uhr  
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Vorarlberg**

**Samstag, 18. Jänner 2025**, Beginn 17 Uhr  
Familienzentrum „Treffpunkt an der Ach“  
Dornbirn, Höchststraße 30 (neuer Ort, bitte beachten!)  
Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Salzburg**

**Freitag, 24. Jänner 2025**, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgstraße 2  
(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt  
Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

## Australien will den Zugang zu Sozialen Medien erst ab 16 Jahren erlauben

Die australische Regierung macht sich mit Eltern und Erziehern Sorgen um die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen in den sogenannten Sozialen Medien. Diese enthalten ein Suchtpotenzial und seien verantwortlich für zahlreiche psychische Probleme. Sie können auch niemals für Kinder sicher gemacht werden. Premierminister Anthony Albanese bezeichnete die Wirkung von Facebook, Instagram, TikTok u. a. deshalb regelrecht als „Geißeln“. Er erklärte seine Beweggründe für die Gesetzesvorlage, die auch von der Opposition unterstützt wird:

*Wir wissen, dass Soziale Medien sozialen Schaden anrichten und die Kinder von echten Freunden und echten Erfahrungen fernhalten. Ich möchte sehen, dass Kinder von ihren Geräten loskommen und auf die Fußballplätze, in die Schwimmbäder und auf die Tennisplätze gehen. Wir wollen, dass sie reale Erfahrungen mit realen Menschen machen.*

Ein entsprechendes Gesetz, das den Zugang zu den Sozialen Medien mit einem Mindestalter von 16 Jahren festlegt, soll noch heuer vom australischen Parlament beschlossen werden.

Wie der Zugang technisch kontrolliert werden soll, ist noch unklar. In den kommenden Monaten soll ein System zur Verifizierung des Nutzeralters getestet werden. Die Pflicht, das Mindestalter zu überprüfen, soll aber nicht den Eltern, sondern den Tech-Konzernen und Internetplattformen zufallen, die entsprechende Altersbeschränkungen in ihren Nutzungsbedingungen festlegen müssen.

Quellen: faz.net

*Wenn wir die Christus-Botschaft  
preisgeben, bleibt nicht mehr viel  
übrig von Europa.*

Peter Scholl-Latour  
1924 - 2014



**FROHE WEIHNACHTEN**

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 16. November 2024

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.  
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;  
Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098